



29.05.2026

Antrag an das Wirtschaftsparlament Österreich, Sitzung am 25.06.2026, betreffend

## **INVESTITIONSSICHERHEIT FÜR UNTERNEHMEN – KEIN SACHBEZUG FÜR FIRMEN-ELEKTROAUTOS**

### **Begründung:**

Gerade im Bereich der Firmenfuhrparks zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, wie ambitioniert Unternehmen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren und so einen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft leisten. Unzählige Betriebe haben neben der Anschaffung von E-Autos in Ladeinfrastruktur, Photovoltaik, Speicherlösungen und moderne Gebäudetechnik investiert und damit unsere Abhängigkeiten von fossilen Regimen reduziert sowie die inländische Wertschöpfung angekurbelt.

Im Zuge der aktuellen Budgeterstellung plant die österreichische Regierung, die bisherige Sachbezugsbefreiung für Elektrofahrzeuge abzuschaffen und künftig einen geldwerten Vorteil zu besteuern. Neben den klimapolitisch kontraproduktiven Auswirkungen tritt die geplante Maßnahme die vor allem für Unternehmer:innen so wichtige Planungssicherheit mit Füßen: Die Sachbezugsbefreiung war unbefristet in der Sachbezugswerteverordnung verankert und weder als temporäre Maßnahme noch als auslaufende Förderung kommuniziert. Kritik kam postwendend im Rahmen einer von Unternehmer:innen gestarteten Petition<sup>1</sup>. Auch der Fachverband Elektrohandel der Wirtschaftskammer Österreich<sup>2</sup> warnte vor einem Rückschlag für die Energiewende.

Eine nachträgliche Einführung des Sachbezugs für bestehende Fahrzeuge würde die getätigten Investitionen entwerten und das Vertrauen in stabile wirtschaftspolitische

<sup>1</sup> <https://www.openpetition.eu/at/petition/online/vertrauen-schuetzen-statt-bestrafen-kein-sachbezug-fuer-bestehende-e-dienstwagen>

<sup>2</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20260507\\_OTSO147/elektrohandel-warnt-vor-rueckschlag-fuer-e-mobilitaet-und-energiewende](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260507_OTSO147/elektrohandel-warnt-vor-rueckschlag-fuer-e-mobilitaet-und-energiewende)

UND JETZT:

# GRÜNE WIRTSCHAFT



Rahmenbedingungen nachhaltig beeinträchtigen. Neue Belastungen schaffen einen Wettbewerbsnachteil und bremsen den so notwendigen Umstieg auf klimafreundliche Mobilität. Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Klimakrise, aber auch der weltpolitisch immer instabiler werdenden Lage darf die geplante Abschaffung der Sachbezugsbefreiung nicht in Umsetzung gebracht werden.

## Die Fraktion der Grünen Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament beauftragt das Präsidium der WKÖ, sich bei den zuständigen Stellen in der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die aktuell geltende Sachbezugsbefreiung für Elektrofahrzeuge vollumfänglich in Kraft bleibt.

Für die Fraktion der Grünen Wirtschaft:

Sabine Jungwirth

August Lechner

Christine Seemann

Georg Kaltschmid

Hans Arsenovic

Rita Newman